

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.010.617

Wien, am 10. Februar 2020

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Dezember 2019 unter der Nr. **358/J** an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Straftaten gegen LGBTI Personen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Wie viele Anzeigen standen zwischen 2014 und 2019 im Zusammenhang mit Diskriminierung gegen LGBTI Personen (Bitte um Auflistung nach Jahren und Bundesländern)?*
- *Welche Entwicklungen sind seitens des Ministeriums in diesem Zusammenhang zu beobachten bzw. welche Tendenzen lassen sich aus den entsprechenden Daten ablesen?*

Grundsätzlich darf festgehalten werden, dass entsprechende anfragespezifische, gesamthafte und bundesweit einheitliche Statistiken nicht geführt werden. Es wird um Verständnis dafür ersucht, dass – abgesehen von gerade noch vertretbaren „Aufwandsabwägungen“ in Einzelfällen hinsichtlich eines diesbezüglich erforderlichen Ressourceneinsatzes im Konnex mit der gebotenen Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns – von einer Beantwortung auf Grund des enormen Verwaltungsaufwandes sowie der daraus resultierenden exorbitanter

Ressourcenbindung, der durch eine dafür erforderliche retrospektive bundesweite manuelle Auswertung von Aktenvorgängen entstehen würde, Abstand genommen werden muss.

Zur Frage 3:

- *Plant das Ministerium, in Zukunft einen entsprechenden Bericht zu veröffentlichen?*
 - a. *Wenn nein, inwiefern wird garantiert, dass Entwicklungen in Bereich Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTI Personen ausreichend beobachtet werden bzw. präventive Maßnahmen in diesem Zusammenhang gesetzt werden können?*

Ja, das Bundesministerium für Inneres plant im Rahmen des EU-kofinanzierten Projekts „Systematische Erfassung diskriminierender Motivlagen bei Strafanzeigen“ im Jahr 2021 einen Pilotbericht zu veröffentlichen.

Hierbei sollen auch Tatmotive, welche auf hassmotivierte Vorurteile aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Ausrichtung beruhen, berücksichtigt werden. Im Rahmen dieses Projekts wird eine Sensibilisierung der Polizei durch die flächendeckende Schulung angestrebt. Auf Basis der Daten können dann allenfalls präventive Maßnahmen folgen.

Zur Frage 4:

- *Inwiefern ist das Thema Straftaten gegen LGBTI Personen Thema im BMI und inwiefern wird es behandelt (Arbeitsgruppen, Expert_innengespräche, etc.)?*

Im Rahmen vom Projekt POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE werden diese und ähnlich gelagerte Themen laufend thematisiert. Aktuell gibt es im Rahmen des Regionalen Dialogforums der Landespolizeidirektion Wien einen Fachzirkel „LGBTIQ - Opfer von Gewalt im öffentlichen Raum“. Im Rahmen des bereits erwähnten Projekts „Systematische Erfassung diskriminierender Motivlagen bei Strafanzeigen“ findet laufend ein Austausch mit Expertinnen und Experten sowie der Zivilgesellschaft statt.

Karl Nehammer, MSc

